

Niederschrift

über die 20. Sitzung des Rates der Stadt am Dienstag, den 18.06.2013 um 16:00 Uhr im Saal des Bürgerhauses, Schloßmacherstr. 4-5.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Dr. Josef Korsten

Ratsmitglieder

Ingrid Bartholomäus

Christof Bleichert

Ursula Brand

Dietmar Busch

Petra Ebbinghaus

Rolf Ebbinghaus

Karl-Heinz Fischer

bis 19.50 Uhr, wrd. TOP 21

Detlef Graß

Margot Grüterich

Bernd-Eric Hoffmann

Olaf Jung

Claus Kanter

Thomas Klee

Rosemarie Kötter

bis 21.30 Uhr, wrd. TOP 24

Ralf-Udo Krapp

Thomas Lorenz

Dietrich Lunderstädt

Dr. Axel Michalides

Arnold Müller

Heide Nahrgang

Werner Nowara

Annette Pizzato

Sabine Plasberg-Keidel

ab 16.05 Uhr

Dr. Jörg Rieger

Uwe Rohde-Müller

Rainer Röhlig

Rolf Schäfer

Udo Schäfer

Christoph Schlüter

Sebastian Schlüter

Axel Schröder

Rolf Schulte

Dietmar Stark

Klaus Steinmüller

Michael Tissarek

Gerd Uellenberg

Peter Fritz Sebastian Ullmann

Annette Verhees

Christian Viebach

Gudrun Weber

Dr. Jörg Weber

Harald Weiss

von der Verwaltung

Ute Butz
Julia Gottlieb
Frank Nipken
Regine Schmidt
Sandra Hilverkus
Burkhard Klein

zu TOP 11

Schriftführerin

Vanessa Jäger

es fehlt:

Ratsmitglieder

Horst Enneper
Klaus Haselhoff

Tagesordnung:

(Öffentlicher Teil)

1. Niederschrift über die 19. Sitzung des Rates der Stadt am 12.03.2013 (öffentlicher Teil)
2. Informationen des Bürgermeisters
3. Einwohnerfragestunde
4. Status der Versorgung Radevormwalder Bürger mit Breitbandversorgung (Antrag der AL-Fraktion vom 03.06.2013) AN/0163/2013
5. Keine Unterbringung von weiteren Asylbewerbern in Radevormwald (Antrag der ProNRW-Fraktion vom 07.06.2013) AN/0164/2013
6. Die neue Sekundarschule ab dem Schuljahr 2014/2015 - Inhalte und Organisation BV/0480/2013/2
7. Beanstandung der Ratsbeschlüsse zu Organisationsuntersuchungen und zum Stellenplan / Einstellungsstopp BV/0483/2013
8. Verleihung der Ehrenamtsurkunde BV/0482/2013
9. Neuberechnung des Kanalanschlussbeitrags und Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Radevormwald BV/0406/2012/2
10. Neufassung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Radevormwald BV/0470/2013/1
11. Stromkosten Straßenbeleuchtung BV/0487/2013

- | | | |
|-------|--|--------------|
| 12. | 2. Änderung der Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass | BV/0476/2013 |
| 13. | Ersatzbeschaffung eines Kommandowagens | BV/0488/2013 |
| 14. | Bebauungsplan Nr. 104 a; Wohngebiet südlich der Wasserturmstraße | |
| 14.1. | Bericht über die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 3(1) bzw. 4 (1) BauGB, Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung am 12.06.2012 eingegangene Anregung, bezeichnet als S 1 | BV/0442/2013 |
| 14.2. | Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § (1) BauGB am 03.07.2012 eingegangene Anregung, bezeichnet als S 2 | BV/0443/2013 |
| 14.3. | Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § (1) BauGB am 19.07.2012 eingegangene Anregung, bezeichnet als S 3 | BV/0444/2013 |
| 14.4. | Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung am 19.07.2012 eingegangene Anregung, bezeichnet als S 4 | BV/0445/2013 |
| 14.5. | Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Behördenbeteiligung eingegangene Stellungnahme der PLEDOC vom 05.07.2012 | BV/0456/2013 |
| 14.6. | Bericht über die Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB, Abwägung und Beschluss über die während der Öffentlichen Auslegung gem. § 3 (2) BauGB am 23.04.2013 eingegangene Anregung, bezeichnet als S 1 | BV/0484/2013 |
| 14.7. | Satzungsbeschluss | BV/0485/2013 |
| 15. | Besetzung von Ausschüssen | AN/0162/2013 |
| 16. | Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Investitionen | IV/0375/2013 |
| 17. | Mitteilungen und Fragen | |

Der Bürgermeister eröffnet um 16.00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt gemäß § 8 der Geschäftsordnung die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Es liegen keine Anträge zur Tagesordnung vor.

(Öffentlicher Teil)

1. Niederschrift über die 19. Sitzung des Rates der Stadt am 12.03.2013 (öffentlicher Teil)

Der Rat nimmt die vorgenannte Niederschrift zur Kenntnis.

2. Informationen des Bürgermeisters

Es liegen keine Informationen des Bürgermeisters vor.

3. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

4. Status der Versorgung Radevormwalder Bürger mit Breitbandversorgung (Antrag der AL-Fraktion vom 03.06.2013)

AN/0163/2013

Herr Ebbinghaus erläutert den Antrag der AL-Fraktion.

Es folgt nun die Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, dass die Verwaltung bis zum Jahresende 2013 den Fraktionen und den Bürgern der Stadt eine tabellarische Übersicht über die Versorgung der Bürger mit Breitbandverbindungen geordnet nach Straßennamen zur Verfügung stellt. Dabei sollte die Leistungsfähigkeit des Standortes durch 4 Kategorien abgebildet werden:

K1: 0 - 2000 kb/s

K2: 2000 – 6000 kb/s

K3: 6000 – 16.000 kb/s

K4: > 16.000 kb/s

Abstimmungsergebnis:	37 Ja-Stimmen	(15 CDU, 10 SPD, 2 FDP, 5 UWG, 3 AL, fraktionslos, Bürgermeister)
	6 Enthaltungen	(4 FDP, 2 proNRW)

5. Keine Unterbringung von weiteren Asylbewerbern in Radevormwald (Antrag der ProNRW-Fraktion vom 07.06.2013) AN/0164/2013

Herr Udo Schäfer erläutert den Antrag der proNRW-Fraktion. Im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage der Stadt Radevormwald soll darauf hingewirkt werden, dass Asylbetrug mithilfe von Steuergeldern unterbunden wird.

Herr Ullmann weist darauf hin, dass die reale Zahl der Asylbewerber in Radevormwald deutlich geringer ist, als in der Presse betitelt. Zudem ist der Antrag rechtlich nicht wirksam, da die Stadt durch Zuweisung vom Land zur Aufnahme von Asylbewerbern gesetzlich verpflichtet ist. Die proNRW-Fraktion bringt hierdurch eine rassistische und faschistische Grundhaltung zum Ausdruck. Er erinnert auch an den Antrag der UWG-Fraktion im Hauptausschuss, der eine Art „Zwangsarbeit“ der Asylbewerber forderte; hierdurch wird eine ausländerfeindliche Atmosphäre geschaffen.

Auf Nachfrage von Herrn Ebbinghaus bestätigt der Bürgermeister die Nichtumsetzbarkeit des Antrags in die Praxis.

Es folgt nun die Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt folgende Resolution:

Die Stadt Radevormwald lehnt ab sofort die Aufnahme weiterer Asylbewerber im Stadtgebiet ab. Der Ankauf eines Hauses zur Unterbringung der Asylanter ist weiterhin abzulehnen.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen (2 proNRW)
41 Nein-Stimmen (15 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 5 UWG, 3 AL, fraktionslos, Bürgermeister)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

6. Die neue Sekundarschule ab dem Schuljahr 2014/2015 - Inhalte und Organisation BV/0480/2013/2

Der Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Kultur, Herr Lorenz, berichtet von den Ausschusssitzungen und den jeweiligen Beratungsergebnissen. In der letzten Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur wurde dem Rat einstimmig bei einer Enthaltung empfohlen, dem vorliegenden Beschlussvorschlag zu entsprechen. Er weist darauf hin, dass mit einer Sekundarschule jedes Kind seinen Fähigkeiten entsprechend gefördert wird. In einem Gutachten im letzten Jahr wurde deutlich, dass die derzeitige Form mit einem 3-gliedrigem Schulsystem im Hinblick auf die Entwicklung der Schülerzahlen auf Dauer nicht mehr haltbar ist. Auf Grundlage dieses Gutachtens hat man sich darauf geeinigt, eine Sekundarschule zu bilden. Ein Arbeitskreis, gebildet aus den Rektoren der unmittelbar beteiligten Schulen, den Grundschulen und dem Berufskolleg Bergisch-Land, hat sich hier für eine teilintegrierte Organisationsform entschieden. Die neue Sekundarschule soll 3-zügig sein, als Ganztagschule gehalten werden und in den vorhandenen Räumlichkeiten eingerichtet werden. Der Name der Schule ist noch nicht endgültig und soll noch geändert werden. Eine umfassende Vorstellung hat im Ausschuss für Schule und Kultur stattgefunden. Weiterhin macht Herr Lorenz deutlich, dass es bei einer heutigen positiven Beschlussfassung wichtig ist, für das neue

System bei den Eltern zu werben um genügend Schüleranmeldungen zu erhalten. In den jeweiligen Schulkonferenzen der beteiligten Schulen hat sich eine Schule für den Sekundarschule ausgesprochen und die andere Schule bisher noch nicht. Zwischen alldem wurde abgewogen und letztendlich die Empfehlung an den Rat gegeben, den vorliegenden Beschluss heute zu fassen. Abschließend bedankt sich Herr Lorenz bei allen beteiligten Fraktionen und betont, dass bei den Gesprächen die Parteipolitik komplett ausgeblendet worden ist.

Herr Ebbinghaus fragt nach, ob die fehlende Zustimmung der Realschule eine rechtliche Bedeutung hat. Zudem schlägt er vor, dass mit der entsprechenden Beantragung der Einrichtung einer Sekundarschule bei der Bezirksregierung gewartet werden sollte, bis die Bedenken der Realschule ausgeräumt sind. Des Weiteren bittet er darum, dass der Teil des Beschlussvorschlages, der die sofortige Vollziehung betrifft mit f) gekennzeichnet wird und die Abstimmung hier getrennt von den anderen Punkten vorgenommen werden kann.

Der Bürgermeister macht deutlich, dass die Realschule sich nicht gegen die Sekundarschule ausgesprochen sondern lediglich noch nicht zugestimmt hat. Rein rechtlich hat das keine Bedeutung. Das Ziel sollte trotzdem sein, die Realschule zu überzeugen. Für den Fall, dass aus diesem Grund heute kein Beschluss gefasst wird, verzögert sich die Umsetzung.

Herr Ebbinghaus berichtet, dass in Gesprächen mit Bürgern deutlich geworden ist, dass diese sich nicht ausreichend informiert fühlen und der Idee einer Sekundarschule noch skeptisch gegenüberstehen.

Der Bürgermeister entgegnet darauf hin, dass zwei Veranstaltungen geplant sind; eine vor und eine nach den Schulferien; hier sollen umfassende Informationen geliefert werden. Die Zielgruppe dieser Veranstaltungen sind die Eltern der derzeitigen Klassen zwei und drei.

Herr Rolf Schäfer fragt an, ob nicht auch eine Kooperationsvereinbarung mit dem Berufskolleg Oberberg eingegangen werden kann. Die Stadt leistet hier Zahlungen an den Kreis für die Nutzung dieses Berufskollegs. Des Weiteren hatte die hiesige Schulamtsleiterin geäußert, dass es nicht richtig ist, das Berufskolleg Oberberg von dem Vorhaben komplett auszuschließen.

Der Bürgermeister macht deutlich, dass entsprechende Gespräche und Vereinbarungen mit dem Berufskolleg Oberberg nicht stattgefunden haben; eine jetzige Aufnahme in das Konzept ist daher eher schwierig. Gespräche mit dem Berufskolleg Oberberg sind grundsätzlich aber nicht ausgeschlossen.

Herr Ullmann fragt an, ob es für den Fall, dass es heute zu keiner Beschlussfassung kommt, die Umsetzung trotzdem für das Schuljahr 2014/2015 gegeben ist. Er macht zudem deutlich, dass bei einer Verschiebung der Beschlussfassung weitere Verunsicherung bei den Bürgern eintreten kann.

Der Bürgermeister hat Bedenken, dass die Umsetzung bis 2014 erfolgen kann, sollte heute kein Beschluss gefasst werden. Die Kommunalaufsicht z.B. bietet Gespräche bezüglich der Finanzierung erst dann an, wenn ein Beschluss vorliegt.

Frau Ebbinghaus empfindet die Abwesenheit von Vertretern der Schulen und Eltern als Votum gegen die Sekundarschule. Das Verfahren ist nicht gut gelaufen; Eltern sind nicht früh genug mit eingebunden worden. Zudem sollte der Rat hier keine endgültige Entscheidung treffen sondern, lediglich eine Absichtserklärung abgeben. Schlussendlich sollen die Eltern entscheiden, ob sie diese Schulform für ihre Kinder wollen.

Der Bürgermeister macht zunächst deutlich, dass eine Abwesenheit nicht unbedingt eine negative Einstellung begründet. Des Weiteren erklärt er, dass vom Rat heute eine Entscheidung getroffen werden muss. Die tatsächliche Umsetzung ist jedoch abhängig von den Schüleranmeldungen; somit haben die Eltern hier das endgültige Votum.

Herr Udo Schäfer erklärt, dass die proNRW-Fraktion sich dem Beschlussvorschlag anschließen wird; der demographische Wandel fordert neues Handeln.

Herr Ebbinghaus führt aus, dass die AL-Fraktion der Einrichtung einer Sekundarschule zustimmt; der Verfahrensverlauf war jedoch sehr unglücklich.

Es folgt nun zunächst die Abstimmung über die Punkte a) – e).

Beschluss:

Der Rat beschließt hinsichtlich der neuen Sekundarschule ab dem Schuljahr 2014/2015, dass diese

- a) 3-zügig sein soll,
- b) als Ganztagschule geführt werden soll,
- c) in den Räumlichkeiten der aufzulösenden (auslaufenden) Haupt- und/oder Realschule errichtet werden soll und
- d) zunächst den Namen „Städtische Sekundarschule Radevormwald“ führen soll.

Des weiteren beschließt der Rat – auf Grundlage des vom Arbeitskreis erarbeiteten pädagogischen Konzeptes (siehe Anlage) –, dass die Sekundarschule

- e) die teilintegrierte Organisationsform haben soll.

Abstimmungsergebnis:	42 Ja-Stimmen	(15 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 5 UWG, 2 AL, 2 proNRW, fraktionslos, Bürgermeister)
	1 Enthaltung	(1 AL)

Nun folgt die Abstimmung über den Punkt f).

Beschluss:

f) Der Rat beschließt gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO (Verwaltungsgerichtsordnung) die Anordnung der sofortigen Vollziehung der hier unter a) bis e) gefassten Beschlüsse.

Der Rat beschließt außerdem gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO die Anordnung der sofortigen Vollziehung der in der Sitzung des Rates am 11.12.2012 unter Top 7 a) bis c) gefassten Beschlüsse zur Gründung der Sekundarschule zum 01.08.2014 und dem sukzessiven Auslaufen/Schließung der Haupt- und Realschule.

Abstimmungsergebnis:	40 Ja-Stimmen	(15 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 5 UWG, 2 proNRW, fraktionslos, Bürgermeister)
	2 Nein-Stimmen	(2 AL)
	1 Enthaltung	(AL)

7. **Beanstandung der Ratsbeschlüsse zu Organisationsuntersuchungen und zum Stellenplan / Einstellungsstopp** **BV/0483/2013**

Der Bürgermeister erläutert den Sachverhalt und die vorliegende Verwaltungsvorlage.

Herr Stark führt aus, dass beide Anträge der CDU- und SPD-Fraktion eine große Mehrheit im Rat erhalten haben. Man war der Meinung, dass diese Angelegenheiten zum Budgetrecht des Rates gehören. Der Städte- und Gemeindebund NRW sieht hier einen Eingriff in die Zuständigkeit des Bürgermeisters. Die Kommunalaufsicht tendiert ebenfalls zu der Rechtsauffassung des Städte- und Gemeindebundes NRW. Die CDU- und SPD-Fraktion werden dem Beschlussvorschlag folgen, dass politische Signal ist jedoch deutlich.

Herr Ullmann wird dem Beschlussvorschlag ebenfalls zustimmen. Er macht jedoch deutlich, dass das heutige Handeln der CDU- und SPD-Fraktion gegen deren politischen Willen steht.

Herr Ebbinghaus ist der Meinung, dass beide Bereiche hier unterschiedlich zu bewerten sind. Er wundert sich zudem, dass der Bürgermeister nicht direkt in der entsprechenden Ratssitzung hierzu Stellung genommen hat. Die Anordnung der Reihenfolge der Organisationsuntersuchungen stellt für Herrn Ebbinghaus keinen Eingriff in das Entscheidungsrecht des Bürgermeisters dar. Die AL-Fraktion wird sich deshalb enthalten.

Es folgt nun die Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt hebt die am 12.03.2013 gefassten Beschlüsse

- Haushaltsbegleitantrag zu Organisationsuntersuchungen
AN / 0153 / 2013
- Haushaltsbegleitantrag zum Stellenplan / Einstellungsstopp
AN / 0156 / 2013

auf.

Abstimmungsergebnis:	40 Ja-Stimmen	(15 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 5 UWG, 2 proNRW, fraktionslos, Bürgermeister)
	3 Enthaltungen	(3 AL)

8. **Verleihung der Ehrenamtsurkunde** **BV/0482/2013**

Der Bürgermeister erläutert die Verwaltungsvorlage.

Es folgt nun die Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, die Ehrenamtsurkunde zukünftig alle zwei Jahre zu verleihen; das nächste Mal im Jahr 2015.

Abstimmungsergebnis:	42 Ja-Stimmen	(15 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 5 UWG, 3 AL, 2 proNRW, Bürgermeister)
	1 Enthaltung	(fraktionslos)

9. Neuberechnung des Kanalanschlussbeitrags und Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Radevormwald **BV/0406/2012/2**

Beschluss:

Der Rat der Stadt stimmt der Neuberechnung des Kanalanschlussbeitrags zu und beschließt die als Anlage beigefügte Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Radevormwald über die Entwässerung und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung).

Abstimmungsergebnis: 41 Ja-Stimmen (15 CDU, 9 SPD, 6 FDP, 5 UWG, 3 AL, 2 proNRW, Bürgermeister)
 1 Nein-Stimme (SPD)
 1 Enthaltung (fraktionslos)

10. Neufassung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Radevormwald **BV/0470/2013/1**

Herr Dr. Michalides erklärt, dass die AL-Fraktion dem Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht zustimmen wird; die Aufschläge von ca. 100 % sind nicht nachvollziehbar.

Es folgt nun die Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die Neufassung der Verwaltungsgebührensatzung

Abstimmungsergebnis: 37 Ja-Stimmen (15 CDU, 9 SPD, 6 FDP, 4 UWG, 2 proNRW, Bürgermeister)
 5 Nein-Stimmen (1 SPD, 3 AL, 1 fraktionslos)
 1 Enthaltung (UWG)

11. Stromkosten Straßenbeleuchtung **BV/0487/2013**

Auf Nachfrage von Herrn Ebbinghaus erklärt Herr Klein, dass von einer Nachzahlung an die Stadtwerke nicht auszugehen ist; die gezahlten Abschläge sollten ausreichen.

Es folgt nun die Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, den Sperrvermerk des Haushaltsansatzes zu 50 % bei der Kostenstelle 522100 beim Produkt 1.12.05.01.02 (Strom der Straßenbeleuchtung) aufzuheben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12. 2. Änderung der Verordnung über das Offenhalten von BV/0476/2013
Verkaufsstellen aus besonderem Anlass

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die folgende 2. Änderung der Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass für die Stadt Radevormwald vom 26.06.2007:

Artikel 1

§ 1 erhält folgende Fassung:

Verkaufsstellen im Stadtgebiet von Radevormwald dürfen an folgenden Sonn- oder Feiertagen geöffnet sein:

- a) am 1. oder 2. Sonntag im Mai (vor oder an Muttertag) anl. des Radevormwalder Jahrmarktes
 - b) am 2. Wochenende im Juli anlässlich des Aktionstages „Ab in die Mitte“
 - c) am Sonntag vor oder an St. Martin anl. des St.Martin-Aktionstages
 - d) am 3. Adventssonntag anl. des Weihnachtsmarktes
- jeweils in der Zeit von 13.00 – 18.00 Uhr.

Artikel 2

Die Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass für das Stadtgebiet von Radevormwald in der Fassung der 2. Änderung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Abstimmungsergebnis:	42 Ja-Stimmen	(15 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 5 UWG, 3 AL, 2 proNRW, Bürgermeister)
	1 Enthaltung	(fraktionslos)

13. Ersatzbeschaffung eines Kommandowagens BV/0488/2013

Auf Nachfrage von Herrn Schröder erklärt Herr Nipken, dass die Mittel durch die Haushalts-sperre nicht komplett gestrichen sind, sondern lediglich für einen gewissen Zeitraum gesperrt; ein Vorratsbeschluss ist durchaus möglich und hier auch gewollt.

Herr Röhlig möchte wissen, was für ein Fahrzeugtyp ein Kommandowagen ist und wie sich die hohen Kosten hierfür i.H.v. 40.000 € erklären.

Frau Butz führt hierzu aus, dass es sich um ein Spezialfahrzeug handelt. Durch die Vorgaben (u.a. Allradantrieb und höher gelegenes Fahrzeug) werden die Möglichkeiten eingegrenzt. Die Kosten für das Fahrzeug an sich betragen in etwa 30.000 €; die restlichen 10.000 € werden für die notwendige Ausstattung (Funkanlage, Signalanlagen etc.) benötigt.

Es folgt nun die Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, das Vergabeverfahren für die Ersatzbeschaffung des Kommandowagens einzuleiten und anhand des wirtschaftlichsten Angebotes durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: 42 Ja-Stimmen (14 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 5 UWG, 3 AL, 2 proNRW, fraktionslos, Bürgermeister)
1 Enthaltung (CDU)

14. Bebauungsplan Nr. 104 a; Wohngebiet südlich der Waserturmstraße

14.1. Bericht über die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 3(1) bzw. 4 (1) BauGB, Abwägung und Beschluss über die während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung am 12.06.2012 eingegangene Anregung, bezeichnet als S 1 **BV/0442/2013**

Herr Ebbinghaus beantragt der in der als S1 bezeichneten Stellungnahme formulierten Anregung vollständig und nicht nur teilweise zu folgen.

Es folgt zunächst die Abstimmung über den Antrag von Herrn Ebbinghaus.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt der in der als S1 bezeichneten Stellungnahme formulierten Anregung vollständig zu folgen.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen (3 AL, fraktionslos)
39 Nein-Stimmen (15 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 5 UWG, 2 proNRW, Bürgermeister)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Es folgt nun die Abstimmung über den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt der in der als S1 bezeichneten Stellungnahme formulierten Anregung teilweise zu folgen.

Abstimmungsergebnis: 40 Ja-Stimmen (15 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 5 UWG, 2 proNRW, fraktionslos, Bürgermeister)
2 Nein-Stimmen (2 AL)
1 Enthaltung (AL)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

14.6. Bericht über die Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB, Abwägung und Beschluss über die während der Öffentlichen Auslegung gem. § 3 (2) BauGB am 23.04.2013 eingegangene Anregung, bezeichnet als S 1 **BV/0484/2013**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt den in der als S1 bezeichneten Stellungnahme vorgebrachten Anregungen und Bedenken nicht zu folgen.

Abstimmungsergebnis: 40 Ja-Stimmen (15 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 5 UWG, 2 proNRW, fraktionslos, Bürgermeister)
3 Nein-Stimmen (3 AL)

14.7. Satzungsbeschluss **BV/0485/2013**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt gem. § 10 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 104 a, Wohngebiet südlich der Wasserturmstraße als Satzung und stimmt der Begründung einschließlich Umweltbericht gem. § 9 Abs. 8 BauGB zu.

Abstimmungsergebnis: 39 Ja-Stimmen (15 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 5 UWG, 2 proNRW, Bürgermeister)
3 Nein-Stimmen (3 AL)
1 Enthaltung (fraktionslos)

15. Besetzung von Ausschüssen **AN/0162/2013**

Beschluss:

Der Rat der Stadt benennt auf Antrag der proNRW-Fraktion Herrn Joachim Bötte als stellvertretendes beratendes Mitglied des Bauausschusses für Frau Sigrun Römerscheidt.

Abstimmungsergebnis: 42 Ja-Stimmen (15 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 5 UWG, 2 proNRW, 3 AL, Bürgermeister)
1 Nein-Stimme (fraktionslos)

Beschluss:

Der Rat der Stadt benennt auf Antrag der CDU-Fraktion Herrn Christian Viebach als Mitglied des Ausschusses für Soziales, Sport und Tourismus für Herrn Patric Greiner.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

16. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Investitionen IV/0375/2013

Auf Nachfrage von Herrn Ebbinghaus erklärt Herr Nipken, dass Mehrausgaben bei der Schülerbeförderung daher resultieren, dass ein Umlauf mehr erforderlich ist. Man ist hier auch im Rahmen des Budgets geblieben; es haben sich lediglich Verschiebungen zwischen den Schulen ergeben.

Auf weitere Nachfrage von Herrn Ebbinghaus führt Herr Nipken aus, dass die Kosten i.H.v. knapp 8.500 € für das Produkt „Beteiligung Bäder GmbH“ in dem Konto „Prüfung; Beratung und Rechtsschutz“ darauf zurückzuführen sind, dass sich die Stadt juristische Beratung für verschiedene Fragen bezüglich der Bäder GmbH (u.a. die geplante Eigenkapitalaufstockung) geholt hat. Für den Fall, dass sich die Bäder GmbH selbst juristische Unterstützung benötigt, werden natürlich von dort die entsprechenden Rechnungen beglichen.

Dr. Michalides fragt an, wobei es sich über die Summe i.H.v. 75.000 € für „Ab in die Mitte 2013“ handelt.

Herr Nipken erklärt hierzu, dass es sich um einen durchlaufenden Posten handelt. Dieser beinhaltet erhaltene Spendengelder und Landeszuweisungen, die weitergeleitet worden sind; der Haushalt wurde hiervon nicht berührt.

Herr Hoffmann hinterfragt die hohen Ausgaben für „Prüfung, Beratung und Rechtsschutz“, z.B. in FB Soziales und Ordnung und FB Finanzen.

Herr Nipken macht klar, dass diese Mehrausgaben durch die dort stattgefundenen Organisationsuntersuchungen zustande kommen.

Der Rat nimmt die vorliegende Liste der über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Investitionen zur Kenntnis.

17. Mitteilungen und Fragen

a)

Herr Nipken informiert den Rat darüber, dass am 17. Juni 2013 eine Haushaltssperre erlassen worden ist, da erhebliche Mindereinnahmen aus der Gewerbesteuer zu befürchten sind. Im Hauptausschuss wurde bereits berichtet, dass für einige Gewerbesteuerpflichtigen die Vorauszahlungen herabgesetzt waren. Für 2013 wurden insgesamt ca. 14,4 Mio. Euro an Gewerbesteuereinnahmen geplant. Nach heutigem Kenntnisstand wird ein Fehlbetrag von 1,1 Mio. Euro erwartet. Im Hauptausschuss wurde zudem berichtet, dass bei der Grundsteuer B aufgrund von laufenden Neubewertungen derzeit Mindereinnahmen von ca. 130.000 € vorliegen. Des Weiteren wurde im Ausschuss Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr entschieden, dass das Grundstück „Heimeke“ nicht veräußert wird; hier fallen somit Einnahmen von ca. 40.000 € weg. Insgesamt stehen damit voraussichtlich ca. 1,3 Mio. Euro an Erlösen nicht zur Verfügung. Da nicht absehbar ist, dass diese Gelder der Stadt bald zufließen werden, wurde die Haushaltssperre verhängen. Derzeit sind 10 % diverser Kostenarten in den einzelnen Produkten gesperrt. Die endgültige Liste wird in der nächsten Woche erstellt und dann auch an den Rat weitergeleitet. Auch alle noch nicht beauftragten Investitionen sind bis auf weiteres gesperrt. Es ist davon auszugehen, dass die abgesenkten Vorauszahlungen der Gewerbesteuer auch in den nächsten Jahren Bestand haben werden. Hierdurch wird es erhebliche Auswirkungen auf das gesamte 10-jährige Haushaltssicherungskonzept geben.

Auf Nachfrage von Herrn Hoffmann erklärt Herr Nipken, dass die Innenstadtmaßnahmen bereits beauftragt sind und somit auch die Fördergelder nicht in Gefahr sind.

Herr Viebach bittet die Verwaltung die Liste schnellstmöglich an die Ratsmitglieder weiterzuleiten. Zudem fragt er an, ob aufgrund der geschilderten Problematik bezüglich der Minder-einnahmen in der Gewerbesteuer und den damit verbundenen Auswirkungen auf das 10-jährige Haushaltssicherungskonzept eventuell eine Nachtragssatzung erlassen werden muss.

Herr Nipken macht deutlich, dass die grundsätzliche Auswirkung auf das 10-jährige Haushaltssicherungskonzept derzeit überprüft wird; auch kann der Erlass einer Nachtragssatzung daher nicht ausgeschlossen werden. Sollte die entsprechende Notwendigkeit gegeben sein, ist eiliges Handeln geboten.

Auf Nachfrage von Herrn Ebbinghaus führt Herr Nipken aus, dass die für 2013 geplanten Tiefbaumaßnahmen für das Projekt „Sportplatz Hermannstrasse“ ebenfalls bereits beauftragt sind.

Herr Ullmann weist darauf hin, dass Steuererhöhungen bei der derzeitigen Entwicklung nicht vermeidbar sind.

Auf weitere Nachfrage von Herrn Ebbinghaus sagt Herr Nipken zu, die Liste bezüglich der Haushaltssperre um die bereits vergebenen Investitionen zu erweitern..

b) Anfrage von Herrn Ullmann „Klages des Bundes der Steuerzahler gegen die Bäder GmbH“

Der Bürgermeister nimmt Bezug auf die Anfrage von Herrn Ullmann und beantwortet die Fragen wie folgt:

1. Wie bewertet die Stadtverwaltung im Allgemeinen und der Bürgermeister im Besonderen den Umstand, dass der Bund der Steuerzahler die Bäder GmbH vor dem Amtsgericht Wipperfürth verklagt, um eine Offenlegung der wirtschaftlichen Entwicklung zu erreichen?

Antwort: Die Stadtverwaltung und auch der Bürgermeister halten es für das gute Recht sich bei Rechtsstreitfragen an das zuständige Gericht zu wenden.

2. Befürwortet die Stadtverwaltung Radevormwald grundsätzlich das ausgedrückte Anliegen?

Antwort: Die Stadtverwaltung befürwortet die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen des Presserechts und eine entsprechende Informationspolitik.

3. Wurde eine Entlassung des Geschäftsführers der Bäder GmbH, Ronald Eden, zu irgendeinem Zeitpunkt erwogen? Wenn nicht, warum nicht? Wenn ja, warum erfolgte diese letztlich nicht?

Antwort: Es ist nicht Aufgabe der Stadtverwaltung über diese Angelegenheit zu entscheiden.

4. Welche Konsequenzen ergäben sich aus Sicht der Stadtverwaltung aus einer zum nächstmöglichen Zeitpunkt erfolgenden Entlassung des Geschäftsführers der Bäder GmbH?

Antwort: Das Unternehmen müsste in diesem Fall einen neuen Geschäftsführer bestellen; siehe auch Beantwortung zu Frage 3.

c) Anfrage von Herrn Ullmann „Stellungnahme des Personalrates der Stadtverwaltung am 27.03.2013“

Der Bürgermeister nimmt Bezug auf die Anfrage von Herrn Ullmann und beantwortet die Fragen wie folgt:

1. Welche Konsequenzen ergeben sich praktisch aus der Stellungnahme des Personalrates der Stadtverwaltung Radevormwald an die im Rat vertretenen Parteien vom 27. März 2013?

Antwort: Ob die Fraktionen hieraus Konsequenzen für sich gezogen haben ist nicht bekannt.

2. Welche Initiative hat der Bürgermeister allgemein ergriffen bzw. konkret ergriffen, um eine einvernehmliche Lösung herbeizuführen?

Antwort: Der Bürgermeister ist ständig in konstruktiven Gesprächen mit dem Personalrat, die Inhalte des Schreibens wurden sowohl im Vierteljahresgespräch als auch in der Personalversammlung gemeinsam erörtert. Adressat des Schreibens waren jedoch die Ratsfraktionen, nicht der Bürgermeister.

d)

Herr Müller möchte wissen, welche Maßnahmen ergriffen werden um die Verschmutzungen auf dem Marktplatz zu beseitigen. Zudem sollte überlegt werden, das Fontänenfeld auch an den Wochenmarkttagen in Betrieb zu nehmen.

Frau Gottlieb erklärt hierzu, dass eine gemeinsame Begehung vom Fachbereich Tiefbau und Fachbereich Soziales und Ordnung noch diese Woche stattfinden wird, um festzustellen ob und wenn ja was für Verschmutzungen oder Schäden durch das Schützenfest entstanden sind. Sollte dieses der Fall sein, so müsste der Fachbereich Soziales und Ordnung Kontakt mit den Verursachern aufnehmen.

Laut Aussage des Fachbereiches Soziales und Ordnung ist bei dem derzeitigen Wochenmarktbetrieb kein Betrieb der Fontäne möglich; diesbezüglich wird aber noch einmal das Gespräch gesucht.

Herr Müller schlägt vor zukünftig bei Veranstaltungen Ölwannen o.ä. aufzustellen um Ölflecken, die durch Hydraulikanlagen hervorgerufen werden, zu vermeiden.

e)

Auf Nachfrage von Herrn Schäfer bestätigt Frau Gottlieb, dass es Gespräche mit den beiden Gaststättenbetreibern am Markt gegeben hat, die das Befestigen der Sonnenschirme für die Außengastronomie durch Hülsen im Boden betreffen. Die Finanzierung erfolgt nicht über die Stadt.

f)

Frau Ebbinghaus fragt an, ob im Hinblick auf die Verschmutzungen des Marktplatzes keine vertraglichen Vereinbarungen vorliegen bezüglich der Haftung bzw. des Regressanspruches.

Frau Gottlieb führt hierzu aus, dass nach Ihrem Kenntnisstand solche Vereinbarungen vom FB Soziales und Ordnung mit den Schaustellern etc. geschlossen werden. Hier müssten von dort Erkundigungen eingeholt werden, welche Regelungen diesbezüglich vorliegen.

g)

Herr Ebbinghaus weist darauf hin, dass eine Düse des Brunnens defekt und zwischenzeitlich auch zugeschraubt worden ist und bittet um Auskunft, ob hier eine Kontaktaufnahme mit dem Hersteller vorgenommen worden ist.

Frau Gottlieb erklärt, dass die entsprechenden Gespräche laufen (*Nachtrag zum Protokoll: Laut Auskunft von Herrn Manderla wurde die Düse vom Fontänenfeld am 24.06.2013 an die Firma in Halver ausgeliefert. Diese wird am 25.06.2013 dort abgeholt und schnellstmöglichst eingesetzt.*).

h)

Herr Viebach bittet die Verwaltung den Rat zu informieren, was die Abstimmung mit dem Fachbereich Soziales und Ordnung bezüglich der Verschmutzungen auf dem Markt ergeben hat. Er weist darauf hin, dass diese Problematik bereits ausreichend in den entsprechenden Gremien angesprochen wurde und von der Verwaltung zugesagt worden ist, dass Vereinbarungen mit Dritten bestehen, die die Beseitigung von Verschmutzungen betreffen.

Frau Gottlieb sagt zu, diesbezüglich Kontakt mit dem Fachbereich Soziales und Ordnung aufzunehmen. Das Ergebnis wird dem Rat mitgeteilt.

Ende des öffentlichen Teils: 17.35 Uhr

Unterbrechung bis 17.45 Uhr

Dr. Josef Korsten
Vorsitzender

Vanessa Jäger
Schriftführer